

Widerstand gegen Bergbau in Myanmar: Die Kupferminen von Monywa

von Christina Grein

Juli 2019

Für Myanmars Regierung stellt der Bergbausektor eine wichtige Triebkraft für die wirtschaftliche Entwicklung dar. Mittels Revision des rechtlichen Regelwerks und bürokratischer Erleichterungen wirbt sie gezielt um mehr Investitionen aus dem Ausland. Doch der Sektor ist nach wie vor durch einen lückenhaften rechtlichen Rahmen und enorme menschenrechtliche, soziale und ökologische Risiken charakterisiert. Das größte Bergbauprojekt Myanmars, die Kupferminen von Monywa, ist beispielhaft für den Sektor landesweit: mächtige Konzerne haben großen Einfluss auf die Politik, staatliche Stellen sind teils überfordert, teils ignorant und internationale menschenrechtliche sowie ökologische Standards werden immer wieder mit Füßen getreten. Doch Aktivist*innen und Anwohner*innen leisten seit Jahren Widerstand zum Trotz massiver Risiken und Repression.

Myanmar ist reich an einer großen Vielfalt natürlicher Ressourcen. Unter der von der Nationalen Liga für Demokratie (NLD) geführten Regierung wird der Bergbau, nach dem Vorbild der Vorgängerregierung, als Schlüsselsektor für ausländische Investitionen gefördert. Zwar ist die Industrie vergleichsweise jung und die Mehrheit der Projekte befinden sich noch in der Machbarkeitsphase, doch laut Prognosen soll der Anteil der Bergbauindustrie am nationalen Bruttoinlandsprodukt in den kommenden Jahren um etwa 7,5 Prozent steigen. Denn seit der Verabschiedung des neuen Bergbau-Gesetzes Anfang 2018 ziehen sowohl in- als auch ausländische Investitionen stetig an. Von wirtschaftlicher Bedeutung sind hier insbesondere Industriemineralien, Steine, Schwermetalle so-

wie Edelsteine wie Jade und Rubine. Der formelle Bergbau, der unter anderem staatliche Genehmigungen voraussetzt, ist zunehmend wichtige Antriebskraft der Wirtschaft. Daneben sind informelle Bergbauaktivitäten weit verbreitet. Sie dienen nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen als Einkommensquelle und sichern darüber hinaus auch den Lebensbedarf vieler lokaler Gemeinschaften.

Es sind hauptsächlich Unternehmen aus Myanmar, die in den Bergbau investieren. Häufig sind sie im Rahmen von Joint Ventures mit Unternehmen der Nachbarländer aktiv. Beliebte Partner sind Firmen aus China. Sie bringen technisches Knowhow, modernste Technologie und Kapital ein. Dutzende der Projekte im Rahmen

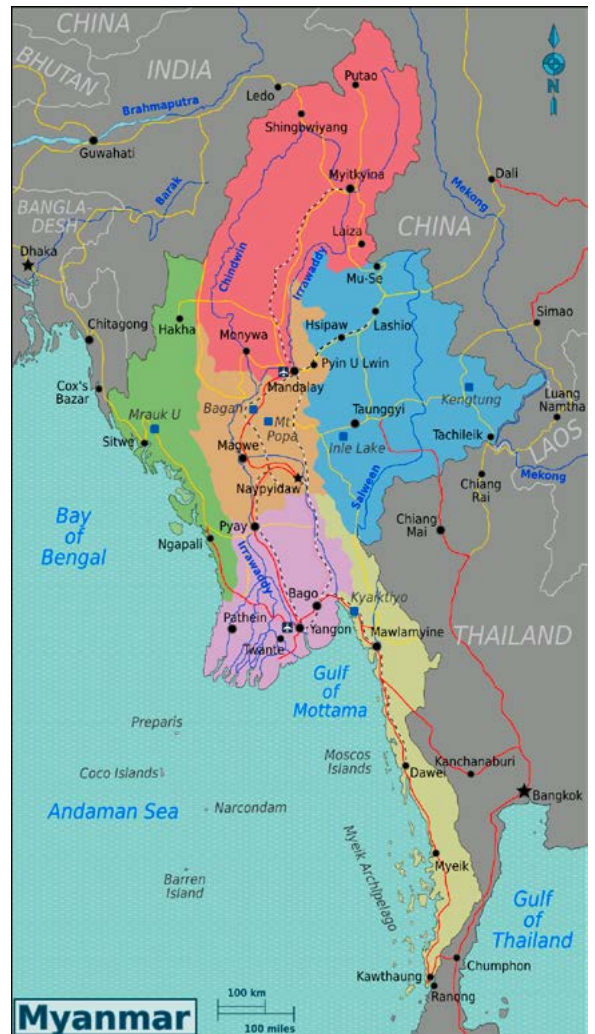
©Burmese-days, amendments by Globe-trotter and Joelf; <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>

dieser Partnerschaften sind bis dato informell und laufen ohne jegliche Lizenzen. Laut einer Studie des Myanmar Center for Responsible Business (MCRB) halten die zunehmenden extraktiven Aktivitäten in Myanmar nicht Schritt mit internationalen Sozial- und Umweltstandards. So fehlt es im Bergbausektor vor allem an ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Schutzrichtlinien und Praktiken. Das überarbeitete Bergbaugesetz weist diesbezüglich weiterhin viele Lücken auf. Myanmar's Zivilgesellschaft steht dem Bergbau zunehmend kritisch gegenüber. Der Widerstand gegen Bergbauprojekte von Seiten betroffener Gemeinden, lokaler Initiativen und nationaler Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen.

Signalwirkung von Letpadaung

Eines der international bekanntesten Beispiele für Protest gegen Bergbau in Myanmar ist der Fall der Letpadaung-Kupfermine in Sarlingyi, im Monywa-Distrikt in der Sagaing-Region. Die Mine wird im Rahmen eines Joint Venture zwischen dem chinesischen Unternehmen Wanbao Mining und der militäreigenen Union of Myanmar Economic Holdings Limited (UMEHL) betrieben und fördert seit 2016 Kupfer. Zwischen 2011 und 2014 kam es zu rechtswidrigen Zwangsräumungen, Landnahmen und Menschenrechtsverletzungen. Insgesamt sollen über 3.000 Hektar Land, von dem 26 Dörfer abhängig sind, konfisziert worden sein. Die Anwohner*innen wurden weder seitens der beteiligten Unternehmen, noch durch die zuständigen Behörden vorab informiert. Durch strafrechtliche Verfolgung auf Grundlage der Sektion 144 des Criminal Procedure Code wurde ihnen der Zugang zu und die Nutzung ihrer Landflächen verwehrt.

2012 kam es zu ersten Demonstrationen gegen die Mine. Die Regierung reagierte auf die anhaltenden Proteste mit einem hohen Aufgebot an Sicherheitskräften. Es kam zu extremer Polizeigewalt unter Einsatz von Phosphor-Granaten und Geschossen. Das Bergbaugroßprojekt wurde zum Musterbeispiel für gravierende Menschenrechtsverstöße mit insgesamt über hundert Verletzten und einem Todesfall. 2014



wurde Daw Khin Win im Rahmen einer Demonstration von einem Polizisten in den Kopf geschossen. Die Regierung setzte eine Kommission unter Vorsitz von Aung San Suu Kyi, zu dieser Zeit noch Abgeordnete, zur Untersuchung des Konflikts ein. Diese veröffentlichte zwar einen Empfehlungskatalog für die Betreiber der Mine, gab jedoch schlussendlich grünes Licht für die Fortführung des Projekts.

Der Kupferminenkomplex von Monywa

Weniger bekannt als Letpadaung sind die in direkter Nachbarschaft liegenden offenen Kupfererzminen unweit der Stadt Monywa. Unter den Bezeichnungen Sabetaung, Sabetaung South und Kyisintaung (S&K) werden sie zusammen mit der Letpadaung-Lagerstätte auch als Monywa Kupferminenkomplex (4 Lager-

stätten in 2 Projekten) zusammengefasst. Letpadaung bildet die größte Stätte mit einem Anteil von 75 Prozent der dortigen Kupferreserven. Es ist das größte Kupferminenprojekt des Landes. Laut Schätzungen leben rund 25.000 Menschen rund um den Minenkomplex. Die Lagerstätten S&K liegen unmittelbar nebeneinander und wurden bereits 1978 von dem staatlichen Unternehmen Mining Enterprise 1 (ME1) in Entwicklung genommen. 1994 wurde die Weiterentwicklung von S&K sowie die Entwicklung der 7 km entfernt liegenden Letpa-

daung-Kupfermine von Ivanhoe Mines aus Kanada in Partnerschaft mit ME1 zu je 50 Prozent übernommen. Inzwischen ist der komplette Minenkomplex als Joint Venture in Händen der China North Industries Corporation (NORINCO) und des Militärunternehmens UMEHL mit einer Gewinnbeteiligung von 30 beziehungsweise 19 Prozent. Auch das staatliche ME1 unter dem Ministry of Mines ist weiterhin an der Entwicklung des Komplexes mit einem Profit-Anteil von 51 Prozent beteiligt.

Hintergrund: UMEHL und NORINCO

Die Union of Myanmar Economic Holdings Limited (UMEHL) ist bis heute einer der größten und bedeutendsten wirtschaftlichen Player in Myanmar. Der Konzern wurde 1990 vom Militärregime gegründet und unter diesem jahrzehntelang begünstigt. So bekam er Vorzug bei ausländischen Verträgen, allgemeine Steuerbefreiung sowie das Monopol auf profitable Sektoren wie Jade und Edelsteine. UMEHL ist an beiden Minen-Projekten des Monywa-

Komplexes beteiligt und betreibt darüber hinaus die Moe Gyo Schwefelsäure-Fabrik, die die Lagerstätten versorgt. Zwischen 2003 und 2016 stand der Konzern auf der Sanktionsliste der Vereinigten Staaten. Heute ist er im Besitz verschiedener Anteilseigner, primär des Verteidigungsministeriums und des Militärs.

Die in Beijing ansässige staatliche NORINCO ist eines der weltweit führenden Unternehmen und Auftragnehmer im High-Tech Verteidigungssektor. Über seine diversen Tochtergesellschaften ist das Unternehmen neben der Entwicklung von Waffen und Ver-

teidigungsprodukten in die Förderung von Erdöl und mineralischen Rohstoffen involviert. Die internationalen Geschäfte im Mineraliensektor werden von ihrem Tochterunternehmen Wanbao Mining verantwortet, das wiederum selbst eigene Tochtergesellschaften im Ausland wie etwa in Myanmar oder auch in der Demokratischen Republik Kongo betreibt. Die in Myanmar zuständigen Sub-Unternehmen sind die Myanmar Wanbao Mining Copper Limited (MWMCL), Betreiber der Letpadaung-Kupfermine, und Myanmar Yang Tse Copper Limited (MYTCL), Besitzer und Betreiber von S&K.

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) dokumentiert in ihren 2015 und 2017 veröffentlichten Berichten großflächige Zwangsräumungen und Umweltverschmutzungen durch den Minenkomplex in Monywa. Trotz Empfehlungen seitens AI an die beteiligten Unternehmen und Myanmars Regierung hat sich die Situation bis heute kaum verbessert. Zwar wurde eine Umwelt- und Sozialverträglichkeitsstudie durch Wanbao durchgeführt, diese zeigte aber gerade bezüglich der Umweltrisiken massive Lücken auf. Anwohner*innen beklagen Beschwerden der Atemwege, Haut, Augen sowie mit dem Magen-Darm-Trakt ausgehend von den Emissionen der naheliegenden Schwefelsäurefabrik Moe Gyo, die von UMEHL zur Kupferver-

arbeitung betrieben wird. Zwischen 2007 und 2013 operierte die Fabrik ohne jegliche staatliche Genehmigung. Das Ökosystem in der Region ist massiv angegriffen durch die Emissionen der Fabrik, versauerte und mit Schwermetallen belastete Grubenabwässer sowie die Wasserentnahme durch die Minen. Die Fabrik liegt direkt neben einer Schule, obwohl internationale Best Practice eine Pufferzone vorschreibt. Die maßgeblich in der Landwirtschaft arbeitende lokale Bevölkerung berichtet von niedrigen bis zu vollständig zerstörten Erträgen auf den Äckern rund um die Fabrik. Hier werden hauptsächlich Hülsenfrüchte, Getreide und Ölpflanzen (Sesam, Sonnenblume, Erdnüsse) kultiviert.



Seit Jahren kritisieren Anwohner*innen zusammen mit lokalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen die Menschenrechtsverstöße im Rahmen des Umsiedlungsprozesses und von Protesten sowie das mangelhafte Umweltmanagement. Angeblich wurde bisher keine der 2013 veröffentlichten Empfehlungen der staatlichen Untersuchungskommission von den beteiligten Unternehmen umgesetzt. Bis heute wurde niemand zur Verantwortung gezogen. Derweil gehen die Zwangsräumungen weiter, da auf Anweisung von Wanbao, der Umkreis der Mine erweitert werden soll. AI statiert, dass für die S&K Minen weder eine angemessene Umweltverträglichkeitsprüfung, noch umfassende Konsultationen der betroffenen Anwohner*innen seitens des chinesischen Unternehmens durchgeführt wurde. Erschwerend kommt hinzu, dass die Sagaing-Region neben regelmäßigen Überflutungen während der Regenzeit extrem anfällig für Erdbeben ist. Die sogenannte Sagaing Verwerfung zieht sich von Norden nach Süden quer durch Myanmar und bildet die Grenze zwischen zwei Erdplatten, der indischen Kontinentalplatte im Westen und der Sunda-Platte im Osten. Durch Verschiebungen und Reibungen der beiden Erdplatten kommt es immer wieder zu Erdbeben, durch die kontaminierter Abfall aus den Minen in die direkte Umgebung gelangen kann.

Lokaler Protest gegen Wanbao

Die Protestbewegung gegen die Minen ist gut vernetzt und noch lange nicht bereit aufzugeben. So auch Aung Pyo Min*. Der Bauer setzt sich für seine Gemeinde und seine Region gegenüber dem chinesischen Konzern ein. Wie wird ein Landwirt zum Anti-Minen-Aktivist? Seine Antwort darauf ist kurz und simpel. Als Bauer ist er direkt von den Minen und der Schwefelsäurefabrik betroffen. Und viele aus der Gemeinde wie etwa auch sein Bruder, Freund*innen und Bekannte arbeiten in den Minen. 2011 packte ihn das Interesse, mehr über die Minen und deren negative Auswirkungen herauszufinden und sich zu engagieren. Als eines der größten Probleme sieht er das Grundwasser, das inzwischen stark kontaminiert ist und nicht mehr getrunken werden kann. Doch weder Wanbao noch die örtlichen Behörden unternehmen etwas dagegen. Er betont, dass die Behörden in der Sagaing-Region sehr langsam arbeiten.

Umso wichtiger ist die gute Vernetzung mit den betroffenen Dörfern und zivilgesellschaftlichen Organisationen im Land. Insgesamt vereinen 11 Dörfer ihre Kräfte und werden dabei von lokalen und nationalen Organisationen wie der Myanmar Alliance for Transparency and Accounta-



bility (MATA) unterstützt. Über das örtliche Netzwerk haben sie auch die Proteste gegen die Letpadaung-Mine mitgetragen und daraus sehr viel lernen können, sagt Aung Pyo Min. Gegenwärtig müssten sie sich aber um die eigenen Probleme kümmern. Wanbao versuche über verschiedene Wege, den Widerstand gegen die Minen zu verhindern, beispielsweise über finanzielle oder auch materielle Kompensationsleistungen. So hätten sich bereits zwei Dörfer vom Netzwerk und damit vom Widerstand verabschiedet. Aung Pyo Min macht das wütend und er betont, dass er nur mit Menschen zusammenarbeitet, die sich nicht korrumpieren lassen.

Seit 2013 hat das Netzwerk acht Demonstrationen organisiert. Allerdings ist es inzwischen sehr gefährlich geworden, sich an Protesten zu beteiligen oder öffentlich Kritik zu äußern. Zwischen 2015 und 2016 wurden mehrere Personen wegen Beteiligung an einer Demonstration insgesamt zwanzigmal vor Gericht geladen. Sie verloren den Fall und wurden vor die Wahl gestellt: Entweder ein Strafgeld zu zahlen oder für ein Jahr ins Gefängnis zu gehen. Die Anzahl der Personen, gegen die strafrechtliche Anklagen wegen ihrer Beteiligung an Protesten erhoben wurden, ist unbekannt. Viele Anwohner*innen sind im Unklaren darüber, ob gegen sie ermittelt wird oder Strafanzeigen vorliegen.

Landesweites Aufsehen erregte ferner die Ermordung des Investigativjournalisten Soe Moe Tun im Jahr 2016. Wiederholt berichtete er zum Monywa Minenkomplex, illegalem Holzeinschlag und Landkonfiszierungen für die Zeitung Daily Eleven. Seine Ermordung bleibt bisher unaufgeklärt. Auch wenn unklar ist, ob der Mord in Zusammenhang mit seiner Berichterstattung zu den Minen steht, fördert er doch ein Klima der Angst unter Journalist*innen und Aktivist*innen. Wanbao und die örtlichen Behörden bedienen sich hier regelmäßig der Sektion 144 des Code of Criminal Procedure, um Proteste vor den Minen zu verhindern beziehungsweise aufzulösen. Das Verfahren wurde 1898 von der britischen Kolonialmacht eingeführt. Damals wie heute wird auf Sektion 144 zurückgegriffen, um vermeintliche »soziale Konflikte« oder eine »Gefahr für die öffentliche Ordnung« temporär durch eine richterliche Verfügung zu unterbinden.

Nachhaltiger Bergbau zum Wohl der Region

In den letzten Jahren kam es zu mehreren Treffen zwischen den Gemeinden, Wanbao und der Regierung, berichtet Aung Pyo Min. In diesem Rahmen hatte Wanbao versprochen, mehr Ar-

Protest gegen
Letpadaung
vor dem
UMEHL-Sitz
im Dezember
2012 in
Yangon
©Jason
Eppink;
[https://
creativecommons.org/
licenses/
by/2.0/](https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/)



beitsplätze für die Anwohner*innen zu schaffen. Dies wurde allerdings nie in die Tat umgesetzt. Für die lokale Bevölkerung ist die Entwicklung der Region (überlebens)wichtig. Bisher sichert die Mehrheit der Gemeinden rund um die Minen ihren Lebensunterhalt durch Landwirtschaft, als Saisonarbeiter*innen oder durch den Handel mit Waren und landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Den Aktivist*innen und der betroffenen Bevölkerung geht es nicht um die dauerhafte Einstellung der Minen. Sie sehen in den Bergbauprojekten eine Möglichkeit für die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Region. Allerdings soll dies nicht auf Kosten des Ökosystems und ihrer Gesundheit geschehen. Und so fordern sie allen voran die Verbesserung der Umweltschutzmaßnahmen, sichere Arbeitsplätze, bessere Arbeitnehmer*innenrechte und eine gerechte Kompensation für enteignetes Land.

Myanmars Regierung und internationale Geber betonen immer wieder das große Potential des Bergbausektors für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Doch in seiner gegenwärtigen Form, zumeist im Rahmen von Großprojekten und ohne jegliche Nachhaltigkeitsrichtlinien und -Maßnahmen, spielt er vor allem in die Hände großer internationaler, chinesischer und myanmarischer Konzerne. Der Monywa-Mi-

nen-Komplex ist ein Fallbeispiel unter vielen, das auf ein gängiges Muster der Ressourcenextraktion im Land hinweist. In den meisten Fällen sind gerade Großprojekte eng mit Menschenrechtsverletzungen, ökologischer Zerstörung, unzureichender Kompensation, dem Übergehen der »freien Einwilligung nach vorhergehender fundierter Information« (Free Prior and Informed Consent) und mit nur wenig oder ohne wirtschaftliche Vorteile für die betroffenen Gemeinden verknüpft.

Daher fordern die Aktivist*innen vor Ort zusammen mit nationalen und internationalen Organisationen ein Moratorium für den Monywa-Komplex und weitere extraktive Großprojekte. Die Regierung sollte nun endlich Haltung zeigen und ausländische wie inländische Konzerne in die Pflicht nehmen, internationale menschenrechtliche und ökologische Standards einzuhalten. Dazu braucht es allerdings eine tiefgreifende Überarbeitung der Gesetzgebung, betont Vicky Bowman, Direktorin des MCRB. Die 2016 erfolgten Anpassungen im Bergbaugesetz und die 2018 erlassenen Regelungen würden sich nur minimal von der Vorgängerversion aus dem Jahr 1994 abheben. Sie fordert eine nationale Strategie für mineralische Rohstoffe. Diese sei das eigentliche Kernelement für grundlegende

Verbesserungen im Bergbausektor und könne als Vorlage für die Neugestaltung des rechtlichen Rahmens dienen.

Anmerkungen

* Der Name wurde von der Redaktion geändert. Das Gespräch mit ihm fand im Dezember 2017 in Monywa, Myanmar statt. Die Kontaktaufnahme und das Interview wurden durch die Unterstützung von Myo Min Htet realisiert, der auch als Übersetzer fungierte.

Quellen

Dunn C., Ji, L. und Peng, K. (2016): Chinese Investments in Myanmar – A Scoping Study; Global Environmental Institute.
Monywa Letpadaung copper mine, Sagaing; Myanmar Environmental Justice Atlas; www.ejatlas.org/conflict/monywa-letpadaung-copper-mine-sagaing

Mountain of Trouble: Human Rights Abuses Continue at Myanmar's Letpadaung Mine; Amnesty International (Feb 2017); www.amnesty.org/download/Documents/ASA-1655642017ENGLISH.PDF
Nwet Kay Khine (2013): Foreign-investment-induced conflicts in Myanmar – The Monywa Copper Mine, In: Perspectives Asia, Issue 1, Heinrich Böll Stiftung, 47–50; www.boell.de/sites/default/files/130607_perspectives_asia_1.pdf
Open for Business? Corporate Crimes and Abuses at Myanmar Copper Mine; Amnesty International (2015); www.amnestyusa.org/wp-content/uploads/2017/04/amnesty_letpadaung_-_final_report.compressed.pdf
Sector Wide Impact Assessment of Limestone, Gold and Tin Mining in Myanmar (2018), Myanmar Center for Human Rights and Business; www.myanmar-responsiblebusiness.org/pdf/SWIA/Mining/00-Myanmar-Mining-Sector-Wide-Assessment.pdf

Die Autorin

Christina Grein ist Koordinatorin der Burma-Initiative, ein Projekt der Stiftung Asienhaus.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

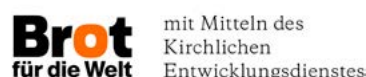
Gefördert von Engagement Global im Auftrag des



und



und



Die Stiftung Asienhaus

Die Stiftung Asienhaus folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Impressum

V. i. S. d. P.:

Christina Grein

Burma-Initiative der Stiftung Asienhaus

Hohenzollernring 52 | 50672 Köln | Germany

Tel: 0221/716121-25

Email: christina.grein@asienhaus.de

Web: <http://www.asienhaus.de/burma>

Gesamtausstattung:

Klartext Medienwerkstatt GmbH

(<http://www.k-mw.de>)

Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz 4.0 (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht.